

# SPD demokratischer pressediens

P/XXXI/14

22. Januar 1976

## Übles Geschäft mit Diffamierungen

---

Propaganda der Union zeichnet falsches Bild unserer  
Universitäten

Von Dr. Peter Glotz MdB  
Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister  
für Bildung und Wissenschaft

Seite 1 / 42 Zeilen

## Sparsame Energieverwendung hat Vorrang

---

Energiepolitik - Entscheidungen über die Lebensgrund-  
lagen der Zukunft

Von Karl-Hans Kern MdB  
Übmann der Arbeitsgruppe Energie und Umwelt der  
SPD-Bundestagsfraktion

Seite 2 und 3 / 67 Zeilen

## Der Freiburger Held

---

Wie der CDU-Vorsitzende waghäft und spontan vom  
Statt ablies

Von Uwe-Kersten Heye  
Stellv. Sprecher des Vorstandes der SPD

Seite 4 / 24 Zeilen

## Ausbildung zur Hoffnungslosigkeit?

---

Anmerkungen zur Situation junger Arbeitloser

Von Egon Lutz MdB  
Mitglied des Bundestagsausschusses für Arbeit und  
Soziales

Seite 5 und 6 / 95 Zeilen

### Übles Geschäft mit Diffamierungen

-----

Propaganda der Union zeichnet falsches Bild unserer Universitäten

Von Dr. Peter Glotz MdB

Parlamentarischer Staatssekretär beim  
Bundesminister für Bildung und Wissenschaft

Der Bundesvorsitzende der CDU, Dr. Helmut Kohl, hat sich durch einen spektakulären Auftritt in der Universität Freiburg große Presse verschafft; allerdings haben zu dem lauttönenden Presseecho auch lautschmetternde Presseenten beigetragen. Wie sich herausgestellt hat, war nicht etwa ein Attentat auf Dr. Kohl verübt worden, sondern ein CDU-Mitglied hatte in der guten Absicht, Kohl vor Angreifern zu schützen, ausgerechnet Kohls Leibwächter verletzt - und dies auch noch mit einem Rehbockgehörn. Das Drama wurde zum Satyr-Spiel.

Wohlgemerkt: Diese Feststellungen sind keinerlei Entschuldigung für die Reste der randalierenden Chaotengruppen, die einen Politiker daran zu hindern versuchen, seine Meinung ungehindert auch in Universitäten zu sagen. Aber die offensichtlich schlecht recherchierte Pressekampagne, die von großen Schlagzeilen der "Bild"-Zeitung eingeleitet war, zeigt wieder einmal, wie hier das unpolitische und rechtswidrige Verhalten von Studentenminderheiten systematisch zur Weihilfe für die CDU/CSU umfunktioniert wird. Mag sein, daß Herr Kohl nur das Opfer solcher publizistischen Machenschaften und seiner eigenen Berater sein mag; dann aber wäre eine sofortige Distanzierung Kohls von den falschen und den aufgebauchten Gerüchten dringend geboten.

Ich selbst habe nahezu wöchentlich Gelegenheit, an deutschen Universitäten zu diskutieren, und zwar auch mit CDU-Politikern, beispielsweise kürzlich mit dem CDU-Generalsekretär Prof. Dr. Kurt Biedenkopf an der Universität Bonn oder in Duisburg mit Prof. Roman Herzog, einem Mitglied aus Kohls rheinland-pfälzischem Kabinett. Ich widerspreche deshalb nachdrücklich der pauschalen Behauptung Kohls, "die Universitäten seien heute von innen heraus gefährdet". Vielmehr kann man einen erfreulichen Klimawechsel konstatieren; die unterschiedlichen politischen Gruppen gehen heute ganz anders und zwar in aller Regel gesittet miteinander um. Der fanatische Ton ist fast überall aus den Diskussionen gewichen.

Niemand wird behaupten, daß man deswegen schon sagen könne, daß aller politische Irrationalismus aus den deutschen Universitäten verschwunden sei; dies liegt aber unter anderem auch daran, daß CDU und CSU den Dialog mit der politischen Jugendbewegung der 60er Jahre fast immer verweigert haben. Die Sozialdemokraten haben sich hier anders verhalten; dies mag sie zuweilen Stimmen gekostet haben, aber es hat letztlich Erfolg gehabt. Nichts zeigt dies deutlicher als die wachsenden Erfolge der Juso-Hochschulgruppen, die heute schon dazu führen, daß auch in der Vereinigung deutscher Studentenschaften der kommunistische Einfluß Schritt für Schritt zurückgedrängt werden kann. Solche politischen Erfolge erzielt man allerdings nicht durch laute Polemik oder durch Wegsehen, sondern nur durch konkrete Arbeit in den Institutionen.

Fazit: Es ist gut, wenn auch CDU-Politiker den Dialog mit der Studentenschaft suchen. Es ist schlecht, wenn die CDU-Politiker sich dabei auf Wahlkampfäußerungen beschränken. (-/22.1.1976/bgy/pr)

+ + +

Sparame Energieverwendung hat Vorrang

Energiepolitik - Entscheidungen über die Lebensgrundlagen der Zukunft

Von Karl-Hans Kern MdB

Obmann der Arbeitsgruppe Energie und Umwelt der SPD-Bundestagsfraktion

Als die Koalitionsfraktionen 1974 die Große Anfrage zur rationellen und sparsamen Energieverwendung vorbereiteten und dem Bundestag einreichten, hatten wir gerade den Ölpreieschock hinter uns, jedoch noch immer einen angespannten Energiemarkt. Außerdem hatten wir eine Energiebedarfsprognose, nach der wir heute jährlich mehr als 400 Millionen t Steinkohleeinheiten (SKE) Primärenergie verbrauchen würden. Tatsächlich lag aber der Primärenergieverbrauch im Jahre 1975 bei 348 Millionen t SKE und damit unter dem Niveau von 1972. Heute haben wir Überkapazitäten an Kraftwerkeleistung, große Ölreserven und 18 Millionen t Kohle auf Halde. Bei oberflächlicher oder kurzfristiger Betrachtung der momentanen Energie-Marktsituation könnte daher für die Bundesrepublik der Schluß gezogen werden, die rationelle und sparsame Energieverwendung habe die Priorität in der Energiepolitik verloren. Dem ist nicht so. Vielmehr sind wir der Meinung, daß für unsere gegenwärtigen energiepolitischen Entscheidungen unverändert die Priorität bei Energiesparmaßnahmen liegt.

Das Gesetz des Marktes, daß steigende Preise zu einer nachlassenden Nachfrage führen, wirkt auch auf dem Energiemarkt. Darüber hinaus müssen energiepolitische Entscheidungen von heute in ihrer Folgewirkung nicht nur für die nächsten Jahre, sondern auch für die Generationen nach uns verantwortet werden können. Sie dürfen nicht nur unter ökonomischen Gesichtspunkten, sondern müssen in ihren Auswirkungen auch auf die Umwelt, auf die Technologie, auf die Gesellschaft in ihrer ganzen Pluralität und auf das Leben des einzelnen bedacht werden.

Wir haben festgestellt, daß die früher als sicher angenommene Korrelation zwischen Wachstum des Bruttoinlandsproduktes und Energiewachstum in den

letzten zwei Jahren nicht mehr stimmt. Der Rückgang des Energieverbrauchs ist nicht allein konjunkturell, sondern auch strukturell bedingt. In dieser Feststellung hat uns die unter Federführung von Prof. H.K. Schneider erstellte OECD-Studie "Perspektiven der Energieversorgung bis 1985" bestärkt.

Unsere energiepolitischen Entscheidungen müssen sich zunächst an den Weltvorräten fossiler Brennstoffe orientieren. Da der größte Teil der fossilen Brennstoffe für die Bundesrepublik importiert werden muß, so daß stets Versorgungsunsicherheiten bestehen, ergibt sich zur Gewährleistung einer sicheren Energieversorgung für die Kohle eine klare Priorität. Wir wären schlecht beraten, wenn wir in dem augenblicklich stattfindenden Verdrängungswettbewerb zulassen würden, daß Förderkapazitäten an Kohle durch Erdöl oder durch Erdgas vom Markt verdrängt würden. Die politisch verantwortliche Entscheidung kann daher nur lauten: Stabilisierung des absoluten Beitrags der Steinkohle.

Im Zusammenhang mit den Antworten der Bundesregierung auf die beiden Großen Anfragen der Koalitionsfraktionen zur rationellen und sparsamen Energieverwendung sowie zur friedlichen Nutzung der Kernenergie haben die Koalitionsfraktionen einen gemeinsamen Entschließungsantrag eingebracht. Sie fordern darin die Bundesregierung auf, Energieeinsparungen ebenso wie Strukturveränderung auf dem Energiemarkt bei der künftigen Fortschreibung des Energieprogramms und bei ihren Aussagen über den Ausbau der Kraftwerkskapazität zu berücksichtigen.

Weil die notwendige Sicherheit kerntechnischer Anlagen Vorrang vor wirtschaftlichen Belangen hat, diese aber nicht nur eine Frage der Sicherheitsbestimmungen ist, sondern zunehmend eine Frage der personellen und organisatorischen Ausstattung der für die Sicherheitsaufsicht verantwortlichen Stellen - was nach einmütiger Auffassung des Innenausschusses und des Ausschusses für Forschung und Technologie des Deutschen Bundestages der Unfall in Gundremmingen gezeigt hat - gilt es jetzt, die durch den geringeren Energieverbrauch und die Energiesparmaßnahmen gewonnene Zeit zu nutzen. Wir brauchen diese Zeit dringend, weil es bei der Nutzung von Kernenergie noch eine Reihe von Einzelproblemen gibt, die durch große Anstrengungen der Hersteller und Betreiber, sowie durch Forschungsprogramme zur Verbesserung von Sicherheit und Zuverlässigkeit kerntechnischer Anlagen gelöst werden müssen.

Auch aus diesem Grund hat die Energieeinsparung Priorität.  
(-/22.1.1976/ks/pr)

+ + +

### Der Freiburger Held

-----

Wie der CDU-Vorsitzende mannhaft und spontan vom Blatt ablies

Von Uwe-Kersten Heye

Stellv. Sprecher des Vorstandes der SPD

Manche mögen nach dem starken Stück von Freiburg versucht sein, Helmut Kohl mit dem Attribut "Held von Freiburg" zu schmücken. War es nicht mannhaft, sich in das Getümel skandierender und protestierender Studiosaal zu stürzen?

Daß nur so dem "linken Terror" beizukommen ist, wurde Helmut Kohl von keinem geringeren als von ZDF-Löwenthal bestätigt, der dem Kandidaten der CDU zur Freiburger Wahlkampföffnung selbstverständlich und rein zufällig zwei - gewiß kräftige - Kameraleute an die Seite stellte. So konnte der empörte Fernsehzuschauer am Mittwochabend im ZDF wenigstens bewundernd mit ansehen, wie der CDU-Vorsitzende, ein wohlvorbereitetes Manuskript ablesend, in das Auditorium Maximum der Freiburger Universität donnerte, daß und wie es an Deutschlands Universitäten aufzuräumen gelte: Einfach heldenhaft, wie spontan Helmut Kohl vom Blatt abliest! Der baden-württembergische Kultusminister Mahn (CDU) wird sich das nicht zweimal sagen lassen.

Mahlkampf à la CDU - wer das für einen inszenierten Schaukampf hielt, muß sich den Vorwurf gefallen lassen, mit den 18- bis 20jährigen "neuen Nazis" gemeinsame Sache zu machen. Mithin gebietet es hier der gute Stil, Helmut Kohl und seiner Wahlkampftruppe Dank zu sagen. Nach dem Motto: Im Prinzip war es heldenhaft.

Und dann noch ein Attentat - im Prinzip jedenfalls. Kohl kann dabei gewiß sein, daß die extremistische Minderheit ihm auch an anderen Universitäten Baden-Württembergs zu weiteren heldenhaften Auftritten verhalfen wird.

(-/22.1.1976/bgy/pr)

+ + +

## Ausbildung zur Hoffnungslosigkeit?

Anmerkungen zur Situation junger Arbeitsloser

Von Egon Lutz MdB

Mitglied des Bundestagsausschusses für Arbeit und Soziales

Das Problem der Jugendarbeitslosigkeit ist in aller Munde. Geradezu freudig erregt wurde es von der Opposition aufgegriffen und in die Form dramatischer Appelle an den Gesetzgeber umgegossen. Dabei scheint eher blinder Aktionismus als rationales Handeln den CDU/CSU-Akteuren die Hand zu führen. Unversehens wird so aus einer schwierigen Frage, auf die es sachliche Antworten zu finden gilt, ein Wahlkampfplakat. Das dient der Sache nicht, das hilft den Jugendlichen nicht, und das läßt vor allem keines der Probleme, vor denen wir in den nächsten Jahren stehen werden.

Zuerst einmal ist säuberlich das Problem des Mangels an Ausbildungsplätzen von dem der Jugendarbeitslosigkeit zu trennen. In der ersten Frage ist die Lage diese: In den folgenden Jahren stößt ein Schub geburtenstarker Jahrgänge auf ein vermindertes Angebot an Ausbildungsplätzen. In diesem Jahr wird es aller Voraussicht nach noch zu keinen größeren Diskrepanzen kommen, aber für das nächste Jahr rechnen die Berufsforscher mit einem Platzdefizit von 100.000, das noch steigen dürfte und 1983 bis an die 170.000 heranreichen wird.

Hier liegt ein Problem, das alle Verantwortlichen zu raschem Handeln zwingt. Es gilt, alle vorhandenen Kapazitäten zu erschließen und neue, vermehrt überbetriebliche, Ausbildungsplätze zu schaffen. Ein erster Schritt ist von der Bundesregierung mit dem Beschluß des 300-Millionen-Programms gegangen worden. Man wird dabei nicht stehen bleiben dürfen.

Dazu kommt die Notwendigkeit, sich verstärkt der Struktur der Ausbildungsplätze zuzuwenden. Die Jugendlichen für drei Jahre in Lehrberufen zu verwehren, die keine berufliche Zukunft haben, wäre ein schlechter Notbehelf. Wir müssen aufpassen, daß wir mit der Schaffung neuer Ausbildungsplätze nicht gleich auch die Umschüler von morgen produzieren. Wenn heute schon 30 vH der Auszubildenden in solchen Sackgassenberufen ausgebildet werden, dann ist das ein mehr als unbefriedigender Zustand. Er verdeutlicht, was die Berufsforscher schon seit Jahren predigen: Die Struktur unseres Angebots an Ausbildungsplätzen entspricht dem 19. Jahrhundert. Ausgebildet aber werden Menschen, die noch im 21. Jahrhundert im Erwerbsleben stehen werden. Bedenklicher noch als die Ausbildungssituation aber ist die eigentliche Jugendarbeitslosigkeit, sie äußert sich in zwei Schwellen: erstens in der Arbeitslosigkeit der Jugendlichen ohne qualifizierten Schulabschluß, zweitens in der Arbeitslosigkeit unmittelbar nach Abschluß der Berufsausbildung. Diese zwei Schwellen verdienen unsere besondere Aufmerksamkeit.

Der Zeitpunkt liegt nahe, an dem nicht weniger als ein Viertel aller Schulabgänger das Schulsystem ohne einen qualifizierten Abschluß verlassen wird. Sie stoßen auf einen Arbeitsmarkt, der mit ihnen wenig anzufangen weiß. Für den Hauptschüler ohne Abschluß ist es nahezu unmöglich, einen Ausbildungsplatz zu finden. Er findet aber auch nur schwer eine Hilfsarbeitertätigkeit. Auch dieser Teilarbeitsmarkt schrumpft und wird weiter schrumpfen. Die Deklassierung beim Einstieg (oder NichtEinstieg) in das Berufsleben verewigt sich. Der Unqualifizierte wird in der rezessiven Phase zuerst entlassen und im Boom zuletzt eingestellt. Und das im Zyklus von vielleicht sieben, acht Jahren.

Wir versuchen, so gut dies geht, die Mängel unseres Schulsystems durch Programme der Bundesanstalt für Arbeit aufzufangen. Nicht weniger als 27.000 Jugendliche befinden sich derzeit in berufsvorbereitenden Maßnahmen, die den Jugendlichen befähigen sollen, nach Abschluß einen Ausbildungsberuf zu finden. Die Erfolge dieser Programme hängen allerdings auch vom konjunkturellen Verlauf ab. Waren es noch vor zwei Jahren 80 Prozent der Lehrgangsteilnehmer, die nach Abschluß der Maßnahme einen Lehrberuf fanden, sind es heute nur 60 vH. Das wird sich wieder ändern. Bedenklicher ist, daß das Bildungsangebot auf das Desinteresse bei der Überwiegenden Mehrheit des Personenkreises, für das es geschaffen wurde, stößt. Die Schule hat nicht nur bei zigtausenden das Klassenziel nicht erreicht, sie hat die Jugendlichen auch nicht motivieren können, sich weiterzuentwickeln.

Wenn man das weiß - und alle wissen es - ist nicht einzusehen, warum man nicht mit aller Energie in den Ländern daraufgeht, das Berufsfindungsjahr zum Pflichtschuljahr zu machen. Finanzielle Engpässe können hier keine Entschuldigung sein. Eine Gesellschaft, die fiskalischen Gesichtspunkten auf diesem Feld die erste Priorität verleiht, schädigt nicht nur die Jugendlichen, sie schädigt sich selbst. Um es ganz klar zu sagen: Ein Bildungssystem, das den Jugendlichen nicht für's Leben, sondern für die Hoffnungslosigkeit rüdet, verdient die Note sechs. Wir, die wir das zulassen, auch.

Nun zur zweiten Schwelle: Für nicht wenige Jugendliche beginnt der Einstieg in das Erwerbsleben nach abgeschlossener Berufsausbildung mit Arbeitslosigkeit und dem Zwang der beruflichen Umorientierung. Sie wurden am Bedarf vorbei ausgebildet. Später findet sich der ausgebildete Bäcker am Fließband, noch später in einer Umschulungsmaßnahme der Bundesanstalt für Arbeit wieder. Er hat auf dem Arbeitsmarkt zwar noch einen deutlichen Vorsprung vor dem Nichtausgebildeten, die ihm antrainierten Kenntnisse und Fertigkeiten aber sind im Produktionsprozeß nicht verwertbar. Andere werden Opfer konjunktureller Flaute. Sie teilen dieses Schicksal mit den 20-, ja auch den 30jährigen Arbeitnehmern. In jeder Rezession wird man zuerst die jungen, die unverheirateten, die noch nicht lange im Unternehmen beschäftigten Kollegen vor den verheirateten und älteren Arbeitnehmern entlassen. Allerdings: Sie werden sehr viel eher in den Erwerbeprozess wieder eingegliedert als der ältere Arbeitslose. Selbst im schwierigen letzten Jahr in einer Spanne von etwa einem halben Jahr spätestens. Hier verdient sehr viel eher der ältere Arbeitnehmer unsere Aufmerksamkeit, dessen Berufschancen mit der Dauer der Arbeitslosigkeit schwinden.

Wer aber die Arbeitslosigkeit nach abgeschlossener Berufsausbildung verhindern will, der muß sagen, auf wessen Kosten. Sollen die sozialen Gesichtspunkte bei notwendigen Entlassungen nicht mehr berücksichtigt werden? Soll das Senioritätsprinzip in den Betrieben nicht mehr gelten? Soll der ausbildende Betrieb zur Weiterbeschäftigung des Ausgebildeten gezwungen werden? (Letzteres würde zu einer katastrophalen Entwicklung des Angebots an Ausbildungsplätzen führen).

Wir sehen, die Probleme sind vielschichtig. Es ist schon viel wert, daß sie jetzt wenigstens gesehen werden. Wenn nun auch noch die Opposition aus dem Stadium des Raisonierens und Resolutionierens herausfände, könnte die Politik schneller zu praktischen Entscheidungen finden.

(-/22.1.1976/bgy/pr)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Preller